

Kommune – Privatisierung – Demokratie und Genossenschaften

S.1

Über mich

- ❖ Diplomsozialwissenschaftler mit Schwerpunkt Sozioökonomie, dabei Gesundheitsökonomie und öffentliche Betriebslehre
- ❖ Seit 30 Jahren in unterschiedlichen Funktionen im Gesundheitswesen tätig
 - Gewerkschaftssekretär
 - Management von Krankenhäusern und Pflegeheimen
 - Geschäftsführer eines Maximalversorgungskrankenhauses
- ❖ Mitglied der Attac AG Soziale Sicherungssystem, der AG Kommunen und der Redaktion des Attac-Theorie Blog
- ❖ Aktuell als Politikberater, Referent und Fachautor

S.2

Die Bedeutung der kommunalen Unternehmen

- Angelegenheiten der kommunalen Gemeinschaft
- Daseinsvorsorge
 - Infrastruktur
 - sozial
 - wirtschaftliche
 - technische
- Knappheit
- Regionalentwicklung, insbesondere
 - Stadtentwicklung
 - Arbeitsmarkt und Beschäftigung

S.3

Demokratie und Kommunalwirtschaft

1. Rechtsformentscheidung (öffentlich versus private Rechtsform)
2. Public Private Partnership
3. Materielle Privatisierung
4. Kontrolle durch das Kommunalparlament?
5. Beteiligungsmanagement

S.4

Unternehmensziele

- Profit versus non-Profit-Unternehmen –
Erwerbswirtschaft versus Gemeinwirtschaft
- Gemeinnützigkeitsrecht (Abgabenordnung)
- Kommunale Aufgaben und Gemeinwirtschaft

S.5

Zum Genossenschaftswesen

- Prinzip des „One Man – One Vote“
- (Offene) Mitgliedsorganisation
- Unternehmenszweck – Verfolgung wirtschaftlicher Interessen der Genossen
- Erfüllung gemeinsamer „wirtschaftlicher“ oder „sozialwirtschaftlicher“ Interessen - Selbsthilfeorientierung
 - aber Gemeinnützigkeit nicht ausgeschlossen

S.6

Ursprung des Genossenschaftswesen

- international Robert Owen Anfang des 19. Jahrhunderts
- deutschsprachiger Raum:
 - Friedrich Wilhelm Raiffeisen – vor allem landwirtschaftliche Genossenschaften
 - Hermann Schulze Delitzsch – Handwerkliche Genossenschaften
 - Genossenschaftsähnliche Einrichtungen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft
 - Arbeiterselbsthilfvereine
 - fr. Mutuelles
 - Ferdinand Lassalle – sozialistische Genossenschaften mit dem Ziel der „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“
 - Forderung nach staatlicher Förderung (dagegen bürgerlicher Genossenschaften)

S.7

Arten von Genossenschaften

- ❖ Einkaufsgenossenschaften
 - ❖ speziell Konsumgenossenschaften
- ❖ Vertriebsgenossenschaften
- ❖ Produktivgenossenschaften – selbstverwaltete Unternehmen
- ❖ speziell: Wohnungs(bau)genossenschaften

S.8

Ist die Genossenschaft ein Erfolg?

- Konsumgenossenschaften: Coop-Skandal
- Genossenschaftsbanken: Mit Sparkassensystem die in der Breitenversorgungen größte Flächenpräsenz – aber Marktdruck mit starkem Konvergenzdruck (Bsp. Ökobank)
- Beispiel Edeka – Rewe: Noch Genossenschaften oder Franchising Konzept – Verhältnis zu den selbständigen Unternehmen
- Produktivgenossenschaften – Verhältnis zwischen Gründern und „Nachzüglern“
- – Netzwerke integrativer Versorgung

s.9

Ist die Genossenschaft ein Erfolg?

➤ *(Kommunale) Energiegenossenschaften*

- Im Wesentlichen für ökologischen Energieerzeugung (Vor allem Fotovoltaik, Windkraftwerke, BHK, Speicherung)
- Neuere Entwicklung (2005 bestanden ca. 8, 2016 ca. 850)
- Höhepunkt der Neugründung zwischen 2009 und 2013
- Im Schnitt 280 Genossen (95 % Privatpersonen), bei einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 360 Tsd.Euro

➤ *Wohnungsgenossenschaften*

- Rückläufige Zahl (von 2005 – 2016 ca. -8%).
- Neugründungen schwierig wegen hohem Kapitalaufwand
- Verhältnis Genossen zur Genossenschaft

S.10

Ist die Genossenschaft ein Erfolg?

➤ *Gesundheits- und Sozialbereich*

- Arbeiterselbsthilfe durch Bismarck'sche Sozialreform aufgelöst
- fr. Mutuelle Sante durch Sozialreform nach 2. Wk zur Zusatzversicherung degradiert (aber notwendig wegen hoher Zuzahlungen)
- Bürgergetragene Krankenhäuser - nur ein Kleinkrankenhaus (Nds.) - potenzielle Alternative zu Management buy Out, ansonsten EKK
- genossenschaftliche Kinderläden – Kinderbetreuungseinrichtungen - Schulen
- in der nicht-stationären Gesundheitsversorgung vor allem Ärztenetzwerke – Netzwerke integrativer Versorgung

S.11

Grundlegender Vergleich Genossenschaft - Kommunalunternehmen

e.G / kooperative
Betriebe

Öffentliche Rechtsform
– haftungs-
ausschließende
Privatrechtsform

Zweckbetrieb für
Genossen

Zweckbetrieb für
öffentliche Aufgaben

Prinzipiell Selbsthilfe -
Eigeninitiative für auf
Dauer angelegte
Förderaufgaben

Fremdhilfe aufgrund
kommunalrechtliche
Vorgaben oder
politischer Entscheidung

S.12

Gremien

Genossenschaft - Kommunalunternehmen

Vorstand-
Aufsichtsrat –
Generalversamm-
lung

Vorstand / GF
Gesellschafter-
/Aktionärsversamml
ung /
Werkausschuss
Aufsichtsrat

S.13

Grundlegendes

1. Sowohl Kommunalunternehmen wie auch Genossenschaften verfolgen einen auf die solidarische Stärkung des einzelnen wirtschaftlich Schwachen in Hinsicht auf soziale und wirtschaftliche Zwecke bez. auf die Erfüllung und Stärkung gemeinschaftlicher sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben, die ohne diese nicht zustande käme.
2. Erwerbswirtschaftliche Interessen, insbesondere Gewinnerzielung stehen nicht im Fokus.
3. Die Erzielung von Gewinnen führt jeweils zur Erhöhung des Unternehmenswertes (inneren Wertes) und dient regelmäßig der Sicherung und Förderung des Unternehmenszwecks (Ausnahme fiskalische Unternehmen (Beitrag für den Kommunalhaushalt) bzw. Rückvergütung an Genossen.
4. Gewinnverwendungszweck

S.14

Privatisierung öffentlicher Leistungen

Hintergründe

1. Ideologie
 - a. Privatunternehmen sind effizienter
 - b. Rückzug des Staates – Gewährleistung des Marktes
Nachtwächterstaat
 - c. Systemkompatibilität - Wettbewerbsverzerrung
2. Daseinsvorsorge – Wandel: Gewährleistung statt Durchführung
3. Wettbewerbsrecht - Übernahme von Unternehmensverlusten
4. Einschränkungen des Kommunalrechts
5. Verschuldungssituation

S.15

Privatisierung öffentlicher Leistungen

Gefahren - Risiken

1. Hecht im Karpfenteich
2. Rosinenpickerei
3. Verlust bzw. Einschränkung der Quersubvention
4. Insbesondere bei personalintensiven Leistungen: anders-, unter- oder nicht-tarifliche Beschäftigung – Zunahme prekärer Beschäftigung
5. Verlust oder Einschränkung betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung
6. Wettbewerbsnachteil durch Befreiung privater von öffentlichen Kontrollpflichten und Vergabepflichten
7. Dadurch negativer Kostenbenchmark bei Vergabe an öffentliche Unternehmen bzw. bei einheitlichem Preissystem

S.16

Demokratische Kontrolle in Kommunalunternehmen

Das Kommunalunternehmen

Prinzipiell ja, aber

- im politischen Alltag spielen die einzelnen Unternehmen nur eine nachrangige Rolle
- Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen – selten klare Vorstellungen- wird selten richtig gelebt.
- Kapitalgesellschaften beinhalten die Aufgabe der Identität zwischen Beauftragenden und Durchführend (eigene Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft)
- Häufig unzureichende fachbezogene Kenntnisse der Vertreter

S.17

Genossenschaft als Alternative

- Gesetzliche Veränderungen (WGG)
- Konformitätsdruck – auch im Kopf
- Konsum-Coop als Negativerlebnisse
- Wahrnehmung der Genossenschaft als gelebte Wirtschaftsdemokratie und besondere demokratischer Unternehmensform notwendig
- Dominanz des Management – insbesondere bei Privatpersonen wirtschaftlich eingeschränkte Kompetenz – Sachzwanglogik
- Rückeroberung des kommunalen Wirtschaftsraums durch Betroffenen bei modernen Kooperationsbetrieben – Genossenschaften
- Begrenzte Eignung als Alternative zur materiellen Privatisierung

S.18

Genossenschaft als Alternative

Perspektiven – Beispiele:

- Mehrgenerationenhäuser bzw. quartiere – Wohnprojekte mit integrierten sozialen Dienstleistungen
- Kooperation von Genossenschaften und Kommunalunternehmen – z.B. im Sport- und Freizeitbereich
- Energiewende als kommunale Aufgaben durch Bürgerenergiegenossenschaften
 - Genossenschaft übernimmt die unternehmerische Aufgabe
 - Thesaurierung von Erträgen bei gleichzeitiger Rückvergütung an die Genossen
 - eignet sich für größere Projekte und kann damit auch zusätzlich Leistungen erbringen (Wartung – Einkauf – Fremdgeschäfte)

S.19

Genossenschaft als Alternative

Perspektiven – Beispiele:

- Gesundheitswesen
 - Chronische Erkrankung
 - Milieubezogene – quartiersorientierte Gesundheitsprävention
 - Verknüpfung mit sozialen Initiativen

S.20